

Aargau



Aargauer Einbürgerungsgesetz

Kontroverse Debatte

Die erste Lesung zur Revision des Aargauer Einbürgerungsgesetzes zeigt, wie stark die Frage der Einbürgerung politisch aufgeladen ist. Statt Harmonisierung mit dem Bundesrecht stehen umstrittene Verschärfungen und ihre Folgen im Fokus.



Lucia Lanz, Grossrätin, Beinwil am See

Im Aargauer Grossen Rat entwickelte sich die Beratung der Vorlage zu einer emotionalen Grundsatzdebatte. Was ursprünglich als formale Anpassung an die Bundesvorgaben gedacht war, endete in einem 6,5-stündigen Debattenmarathon, der das gesamte Tagesprogramm sprengte. Von den 26 traktandierten Geschäften konnten lediglich 17 behandelt werden.

Die zentralen Konfliktpunkte

- **Verfehlung des Kernziels:** Die vom Regierungsrat angestrebte, längst fällige Harmonisierung mit dem Bundesrecht wurde vorerst verfehlt.
- **Juristische Bedenken:** Durch die gutgeheissenen Anträge werden die kantonalen Hürden so hoch angesetzt, dass sie einer Prüfung auf Bundesrechtskonformi-

tät kaum standhalten dürften. Es drohen Verletzungen der Rechtsgleichheit sowie des Kernbereichs der Grundrechte.

- **Drohende Beschwerdeflut:** Kritische Stimmen warnen, dass die Verschärfungen nicht zu «besseren» Staatsbürger:innen führen, sondern lediglich eine Flut an Verwaltungsbeschwerden nach sich ziehen.

Das «Sprach-Unding» und der Stichentscheid

Ein besonders umstrittener Punkt war die Forderung, das erforderliche mündliche Sprachniveau für Einbürgerungswillige auf das Niveau C1 anzuheben.

Der Vergleich von Grossrätin Lucia Lanz (SP) zeigt, was das hiesse. *Niveau B2:* «Was machen Sie in Ihrer

Freizeit in der Gemeinde?» *Niveau C1:* «Inwiefern tragen lokale Vereine zur gesellschaftlichen Kohäsion bei und welche Rolle nehmen Sie dabei ein?»

Diese extreme Verschärfung wurde im Rat nur haarscharf abgewendet: Bei einem Patt von 66 zu 66 Stimmen verhinderte erst der Stichentscheid des Ratspräsidenten die Annahme des Antrags.

Warnung vor dem «bürokratischen Monster»

Neben den rechtlichen Bedenken steht die Vollzugstauglichkeit in der Kritik. Während der Regierungsrat einen effizienten Weg vorschlug, drohen die Kommissionsanträge zu einer Blockade in den Gemeinden und kantonalen Behörden zu führen und ein «bürokratisches Monster» zu erschaffen. Das Fazit der ersten Lesung bleibt daher ernüchternd.

Sollten in der zweiten Beratung keine wesentlichen Verbesserungen vorgenommen werden, wird die SP Aargau in Betracht ziehen, das Referendum zu ergreifen.



Vier Jahre wie zwei Jahreszeiten

Zwischen hitzigen Debatten, fragwürdigen Kürzungen und unerwartet kollegialen Momenten: Vier Jahre im Grossen Rat fühlten sich an wie zwei Jahreszeiten. Nun übernimmt André Rehmann den Staffelstab fürs Zurzibiet.

Hanspeter Hubmann, ehemaliger Grossrat SP Aargau, Schneisingen

Von links: André Rehmann, der Hund Mysak und Hanspeter Hubmann.

Mitten in der letzten Legislatur, im August 2022, durfte ich für Dave Burgherr und damit für das Zurzibiet in den Grossen Rat nachrücken. Mitten in dieser Legislatur darf ich den Stab an meinen Nachfolger übergeben.

So konnte ich zwei unterschiedliche Phasen miterleben.

Wie Sommer und Winter

Während sich die ersten zwei Jahre anfühlten wie wechselhafte Sommermonate, in denen verschiedene Allianzen möglich waren und zahlreiche Abstimmungen sowohl auf die eine als auch auf die andere Seite kippen konnten, hielt nach den letzten Wahlen im Ratssaal ein kalter Winter Einzug. Es wird «gekürzt», egal ob sinnvoll, effektiv oder vollkommen widersinnig.

Wie nach amerikanischem Vorbild werden Entscheide aus der letzten Legislatur wieder

gekippt. Gleichzeitig sind Vorlagen salonfähig, die an Absurdität nicht zu überbieten sind: Blitzer, Sozialabbau, um nur zwei Stichworte zu nennen.

Freund, Kollege oder Vollpfosten

Im Ratssaal mit abstrusen Voten nicht auszuhalten, beim Apéro angenehm gesellig, auf dem Fussballplatz mit dem FC Grossrat unverzichtbar. Derart unterschiedlich erlebte ich Ratskollegen je nach Situation. So waren diese vier Jahre menschlich und politisch ein spannendes Auf und Ab. Eine Zeit, die ich nicht missen möchte.

Neue Power aus dem Zurzibiet

Meinen Sitz im Rat übernimmt nun André Rehmann aus Klingnau. Zu seinen politischen Schwerpunkten zählen eine zukunftsorientierte Energiepolitik auf Basis erneuerbarer

Energieträger, ein gut ausgebauter öffentlicher Verkehr, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, eine faire Steuerpolitik sowie die Unterstützung von Familien.

Mehr Durchblick als viele andere

Beruflich arbeitet André bei einem Reiseunternehmen im Kundendienst. In der Freizeit singt er in einem Chor in Endingen, ist im Sommer wie im Winter gerne in den Bergen unterwegs und engagiert sich im Vorstand der SP Zurzibiet.

Seit 2026 ist er Mitglied der Finanzkommission Klingnau. Auch mit seiner Sehbehinderung hat André mehr Durchblick als manches Ratsmitglied. Im Alltag wird er von seinem Führhund Mysak begleitet.

Ich wünsche ihm einen geschmeidigen Start und viel Erfolg bei dieser spannenden Aufgabe.

Warum wir den Begriff «Nachhaltigkeit» nicht hergeben dürfen

Vor den Abstimmungen vom 14. Juni wurde um ein Wort gerungen, das viel zu wichtig ist, um es der SVP zu überlassen: Nachhaltigkeit. Die Debatte hat gezeigt, wie umkämpft dieser Begriff geworden ist. Dabei steht Nachhaltigkeit für weit mehr: für soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung und eine Politik, die Chancen schafft, statt Menschen gegeneinander auszuspielen.

Laura Pascolin und Simone Allenspach, SP Wohlen

Die sogenannte «Nachhaltigkeitsinitiative» wollte uns weismachen, eine nachhaltige Schweiz entstehe vor allem durch Abgrenzung, Abschottung und das Zählen von Menschen. Doch mit einem umfassenden Verständnis von Nachhaltigkeit hat das wenig zu tun.

Wer einen Blick auf die 17 Nachhaltigkeitsziele der UNO wirft, erkennt schnell: Nachhaltigkeit ist viel mehr als eine Frage der Bevölkerungszahl. Es geht um soziale Gerechtigkeit, den Schutz der Umwelt und eine Wirtschaft, die auch langfristig tragfähig ist.

Es geht um die Bekämpfung von Armut, gute Bildung, Gesundheit, Geschlechtergleichstellung, weniger Ungleichheit, bezahlbare und saubere Energie, menschenwürdige Arbeit, Klimaschutz sowie Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen.

Nachhaltigkeit heisst, unsere sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Grundlagen so zu gestalten, dass auch kommende Generationen gut leben können. Nachhaltigkeit heisst nicht, Menschen gegeneinander auszuspielen.

Genau dafür steht die SP: nicht für Scheinlösungen und einfache Feindbilder, sondern für konkret-konstruktive Politik. Wir verstehen Nachhaltigkeit nicht als Schlagwort, sondern als Auftrag.

Ein Werkzeug für eine bessere, nachhaltige Finanzpolitik

Wie konkret das werden kann, zeigte unsere Bildungsveranstaltung zu Gender Budgeting.

Nachhaltig ist, was Menschen stärkt.

Auf den ersten Blick klingt das technisch. Im Kern geht es jedoch um eine einfache Frage: «Für wen wirkt öffentliche Politik – und wen übersieht sie?»

Budgets sind nicht neutral. Öffentliche Mittel kommen nicht automatisch allen Menschen gleichermaßen zugute. Wer plant, verteilt und entscheidet, sollte deshalb genau hinschauen, wie politische Massnahmen auf unterschiedliche Lebensrealitäten wirken.

Ein anschauliches Beispiel stammt aus Schweden. Dort wurde untersucht, wie die Schneeräumung im öffentlichen Raum organisiert ist. Traditionell wurden zuerst die grossen Strassen geräumt und erst danach die Fuss- und Velowege. Das erschien selbstverständlich – war aber nicht neutral.

Denn gerade auf Fusswegen und Velorouten sind viele Menschen unterwegs, für die Glatteis besonders gefährlich ist: Kinder auf dem Schulweg, Eltern mit Kinderwagen, ältere Personen sowie Menschen auf dem Weg zur Arbeit oder zum Einkauf.

Als die Reihenfolge der Schneeräumung angepasst wurde, konnten Unfallrisiken gesenkt werden – ohne zusätzliches Geld und ohne mehr Personal. Entscheidend war ein Perspektivenwechsel.

Das ist nachhaltige Politik: hinschauen, wer betroffen ist. Ungleichheiten erkennen, bevor sie teuer werden. Öffentliche Mittel so einsetzen, dass sie möglichst viel Sicherheit, Teilhabe und Gerechtigkeit schaffen.

Gender Budgeting ist deshalb kein Nebenschauplatz. Es ist ein Werkzeug für eine bessere Finanzpolitik – und damit auch für eine nachhaltigere Politik.

Nachhaltigkeit beginnt mit Verantwortung

Nachhaltigkeit beginnt nicht mit Ausgrenzung. Sie beginnt dort, wo wir Verantwortung übernehmen: für Menschen, für die Umwelt, für gerechte Chancen und für eine öffentliche Hand, die nicht blind budgetiert, sondern klug gestaltet.

Die SP steht für ein Verständnis von Nachhaltigkeit, das niemanden zurücklässt. Für eine Politik, die in Bildung investiert statt in Spaltung. Für Gleichstellung statt Blindstellen. Für sozialen Zusammenhalt statt Abschottung.

Wenn andere versuchen, den Begriff Nachhaltigkeit umzudeuten, dürfen wir ihn nicht aufgeben. Wir müssen ihn zurückholen.



Welches Nachhaltigkeitsziel meint die SVP eigentlich? Nachhaltigkeit hat 17 Ziele. Abschottung ist keines davon.

Eidgenössische Initiative für eine sichere Ernährung

Weniger abhängig von Lebensmittelimporten

Sauberes Trinkwasser und eine krisensichere Lebensmittelversorgung bleiben zentrale Herausforderungen. Die neue Initiative zur Ernährungssicherheit setzt auf mehr inländische Produktion, den Schutz von Böden und Wasser sowie eine stärkere Selbstversorgung. Ariane Le Vaillant und Hermann Meier, SP Entfelden

Bis 2021 engagierten wir uns sehr für die Trinkwasserinitiative, da sauberes Trinkwasser eine unverzichtbare Lebensgrundlage ist. Die Landwirtschaftslobby startete eine massive Kampagne dagegen. Die damaligen Versprechen und Ziele sind noch immer nicht umgesetzt und die Probleme rund um den Import von Lebensmitteln und sauberes Trinkwasser haben an Aktualität zugenommen.

Das überparteiliche Team um Initiantin Franziska Herren startete eine neue Volksinitiative für mehr Versorgungssicherheit unseres Landes. Ziel ist eine höhere Selbstversorgung mit pflanzlichen Lebensmitteln, wovon auch die Landwirtschaft profitiert. Die Initiative kommt am 27. September 2026 zur Abstimmung.

Ernährungssicherheit ist ein Verfassungsauftrag, doch unsere Selbstversorgung sinkt stetig. Im Krisenfall ist die Schweizer Landwirtschaft nicht dafür gerüstet, die Bevölkerung selbst zu ernähren. Ackerland ist dafür per Gesetz genug gesichert. Deshalb verpflichtet die Initiative den Bund, einen Netto-Selbstversorgungsgrad von 70 Prozent anzustreben und dafür vermehrt pflanzliche Lebensmittel zu fördern. Auf dem Ackerland sollen dazu statt Futtermais mehr pflanzliche

Lebensmittel angebaut werden, das Grasland soll weiter für die Milch- und Fleischproduktion dienen. Heute fördern 75 Prozent der 3,6 Milliarden Franken Agrarsubventionen die tierische Produktion. Konsum und Produktion von pflanzlichen Lebensmitteln werden massiv benachteiligt. Die Folge: 65 Prozent der pflanzlichen Lebensmittel, die wir essen, werden importiert.

Fruchtbare Böden, sichere Ernten

Die Initiative verlangt die Sicherstellung von fruchtbaren Böden und Biodiversität. Sie sind Voraussetzung für sichere und hohe Erträge sowie einen natürlichen Pflanzenschutz. Die Überdüngung mit Gülle, Mist und Ammoniak aus einer mit Importfutter erhöhten Tierproduktion führt zu anhaltenden Verlusten. Die zum Schutz von Böden und Wasser seit 2008 in den Umweltzielen der Landwirtschaft vorgeschriebenen Höchstwerte für Dünger werden überschritten. Die Initiative verpflichtet den Bund dazu, für die Einhaltung dieser Höchstwerte zu sorgen.

Für abgesicherte Wasserversorgung

Klimawandel und Verschmutzung gefährden unsere Wasservorkommen. Die Initiative



Engagement für Ernährungssicherheit und Wasser – auch für kommende Generationen.

verlangt die Sicherstellung von sauberem Trinkwasser und dem dafür nötigen Grundwasser. Dafür braucht es eine nationale Planung für die Wasserversorgung, auf die auch die Landwirtschaft angewiesen ist.

Für eine krisensichere Ernährung

Ernährungssicherheit ist das Fundament für unser Leben und die Sicherheit unseres Landes. Die Initiative will Agrarsubventionen stärker auf eine krisensichere Versorgung mit inländischen Lebensmitteln und sauberem Trinkwasser ausrichten. Und die Landwirtinnen und Landwirte profitieren von Produktionssicherheit und neuen Absatzmärkten.

Unsere Ernährung sichern.



Initiative für eine
sichere Ernährung **Ja**

Ernährungsinitiative

Gut gemeint, aber am Ziel vorbei

Am 27. September stimmt die Schweiz über die Ernährungsinitiative ab. Sie fordert, den Selbstversorgungsgrad auf 70 Prozent zu erhöhen. Das klingt nach mehr Versorgungssicherheit, hätte aber einen grundlegenden Umbau unseres Ernährungssystems zur Folge.



Colette Basler, Grossrätin SP Aargau, Vizepräsidentin Bauernverband Aargau

Im Zentrum der Initiative steht eine stärkere Ausrichtung auf pflanzliche Ernährung. Die Landwirtschaft müsste ihre Produktion anpassen, die Bevölkerung ihr Konsumverhalten ändern. Die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten würde beschnitten.

Nachhaltigkeit als Privileg für Gutverdienende

Kritik kommt aus allen politischen Lagern. Die SP-Ständerätin Franziska Roth bezeichnete die Initiative als «übertrieben, unnützlich und ungerecht». Sie warnt vor den sozialen

Folgen: «Eine nachhaltige Ernährung darf nicht zum Privileg für Gutverdienende werden.» Höhere Produktionskosten und zusätzliche Regulierungen könnten zu steigenden Lebensmittelpreisen führen. Besonders betroffen wären Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen.

Keine Berücksichtigung der Regionalität

Ein weiteres Problem ist die fehlende Berücksichtigung der geografischen Realität der Schweiz. Christine Badertscher, Nationalrätin Grüne,

weist auf einen zentralen Widerspruch hin: «Ohne unsere grasfressenden Kühe, Schafe oder Ziegen können wir mehr als zwei Drittel unserer Landwirtschaftsflächen nicht für die menschliche Ernährung nutzen.»

Rund 70 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bestehen aus Grasland. Viele dieser Flächen liegen in Berg- und Hügellagen und eignen sich weder für Gemüse- noch für Ackerbau. Wird die Tierproduktion stark eingeschränkt, droht ein grosser Teil dieser Flächen nicht mehr zur Lebensmittelversorgung beizutragen.

Auch die unterschiedlichen Voraussetzungen der Betriebe werden ausgeblendet. Wie soll etwa ein Betrieb im oberen Fricktal mit schweren Böden, Hanglage und fehlenden Bewässerungsmöglichkeiten auf Gemüsebau umstellen? Für viele Familienbetriebe wären die geforderten Anpassungen weder wirtschaftlich noch praktisch umsetzbar.

Verlagerung der Wertschöpfung ins Ausland

Zudem besteht die Gefahr von mehr Einkaufstourismus und einer Verlagerung von Wertschöpfung ins Ausland.

Die Initiative löst kein einziges Problem. Sie schafft nur neue. Sie ist nicht umsetzbar und verdient am 27. September ein Nein.

Bosnien und Herzegowina vor den Wahlen

Zwischen Blockaden und Europa

Drei Jahrzehnte nach dem Dayton-Abkommen bleibt Bosnien und Herzegowina ein fragiler Staat. Mit Blick auf die Wahlen im Oktober stellt sich die Frage, ob das Land politisch vorankommt oder in Blockaden verharrt. In Hintergrundgesprächen in Sarajevo wurde deutlich, wie gross die Sorgen angesichts ethnischer Spannungen, institutioneller Lähmung und äusserer Einflussversuche sind.

Stefan Dietrich, Grossrat SP Aargau, Bremgarten

Das Office of the High Representative, kurz OHR, war einst als Übergangsinstitution gedacht. Bis heute ist es jedoch präsent – wenn auch seine Zukunft nach dem angekündigten Rücktritt von Christian Schmidt offener ist denn je. Kritische Stimmen bemängeln seit langem seine begrenzte demokratische Legitimation. Gleichzeitig wird aus internationaler Sicht betont, dass das OHR weiterhin eine wichtige stabilisierende und sicherheitspolitische Funktion erfüllt. Gerade die aktuelle Debatte um Schmidts Nachfolge und ein mögliches eingeschränkteres Mandat zeigt, wie umstritten und zentral diese Institution für die fragile Ordnung von Bosnien und Herzegowina bleibt.

Ein System voller Blockaden

Das eigentliche Problem liegt jedoch tiefer: im politischen System selbst. Das Dayton-Abkommen beendete 1995 den Krieg, schuf aber zugleich ein äusserst komplexes Staatsgefüge mit zahlreichen Vetomöglichkeiten. Institutionen wie das Haus der Völker werden regelmässig genutzt, um Reformen zu verzögern oder ganz zu blockieren. Fortschritte bei der EU-Integration, in der Wirtschaftspolitik oder bei Infrastrukturprojekten scheitern deshalb immer wieder an partikularen Interessen und institutionellen Gegensätzen.

Hinzu kommt eine politische Elite, die oft nur geringe Anreize für langfristige Reformen

hat. Kurzfristige Machtlogiken, Klientelismus, Abhängigkeiten und mangelnde Transparenz prägen vielerorts das System. Noch immer üben Akteure grossen Einfluss aus, die bereits in den 1990er-Jahren die politische Entwicklung des Landes prägten. Das erschwert politische Erneuerung und stärkt die Tendenz, Konflikte zu bewirtschaften, statt sie zu lösen.

Besonders heikel bleibt die Frage der staatlichen Souveränität. Konflikte um Staatseigentum, Infrastruktur und Zuständigkeiten zeigen, wie stark selbst grundlegende Fragen politisiert sind. Jede Stärkung des Gesamtstaates wird von einzelnen Kräften misstrauisch betrachtet oder gezielt behindert. Nach verbreiteter Einschätzung spielen dabei auch geopolitische Interessen eine Rolle. Alte Vorstellungen ethnischer Trennung und territorialer Einflusszonen bestehen teilweise bis heute fort, offen oder verdeckt.

Europa als Hoffnung – trotz Stillstand

Auch die Rolle der internationalen Gemeinschaft bleibt ambivalent. Einerseits unterstützt sie Reformen und den EU-Beitrittsprozess. Andererseits fehlt es ihr oft an Geschlossenheit und politischer Durchsetzungskraft. Der angekündigte Rücktritt Christian Schmidts und die Debatte um eine mögliche Neuausrichtung des OHR zeigen zusätzlich, dass auch die internationale

Absicherung des Dayton-Systems selbst unter Druck geraten ist. Die europäische Perspektive ist real, doch der konkrete Fortschritt bleibt begrenzt und hängt weiterhin an Reformen, die im bestehenden System nur schwer durchsetzbar sind.

Zusätzlichen Druck erzeugt die Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen. Der Fachkräftemangel schwächt Staat und Wirtschaft gleichermaßen. Die oft geäusserte Feststellung, dass bei ausbleibender europäischer Integration die Menschen selbst den Weg in die Europäische Union suchen, bringt dieses Problem zugespitzt auf den Punkt.

Mit Blick auf die Wahlen im Oktober sind grössere politische Veränderungen kaum absehbar. Zwar soll die Einführung neuer Wahltechnologien Transparenz und Integrität verbessern. Doch das allein löst die politischen Grundprobleme nicht. Spannungen, Pattsituationen und gezielte Provokationen dürften im Vorfeld der Wahlen eher zunehmen als abnehmen. Eine erneute Blockade nach dem Urnengang ist deshalb keineswegs ausgeschlossen.

Auch in der Schweiz, auch im Aargau, verfolgen viele Menschen mit familiären Wurzeln in Bosnien und Herzegowina diese Entwicklung nicht aus Distanz, sondern mit persönlicher Betroffenheit.

Und dennoch gibt es Hoffnung: die jüngere Generation und die europäische Perspektive. Ob sie ausreichen, um die strukturellen Probleme des Landes zu überwinden, bleibt offen. Sicher ist nur: Der Frieden von Dayton hält bis heute, doch er trägt noch immer schwer an den Widersprüchen jenes Systems, das ihn einst ermöglicht hat.

Das Fazit meiner Treffen in Sarajevo lässt sich in einen Satz fassen: Frieden ist nicht unumkehrbar.

Die Brücke von Mostar ist ein Symbol für Versöhnung und Wiederaufbau.



Zeit, Danke zu sagen

Nach vielen Jahren verabschiedet sich Regula Müller aus dem Parteisekretariat der SP Aargau in den wohlverdienten Ruhestand. Die LINKS-Redaktion hat Stimmen von Weggefährt:innen eingeholt.



David Zehnder, 2019

Mit Regulas Pensionierung geht eine Ära im Parteisekretariat der SP Aargau zu Ende. Über viele Jahre war sie eine unverzichtbare Konstante im Alltag der Partei, organisatorisch, administrativ und ganz besonders menschlich. Sie hat die SP Aargau im Hintergrund geprägt, oft leise, aber immer mit dem richtigen Gespür. Wer mit ihr zu tun hatte, wusste, dass auf Regula 100 Prozent Verlass ist, in ruhigen wie in turbulenten Zeiten. Stimmen aus der Partei zeigen, wie stark Regula den Alltag der SP Aargau über viele Jahre geprägt hat.

«Du warst der organisatorisch-administrative Dreh- und Angelpunkt der Kantonalpartei – immer präsent, engagiert, zuverlässig und ausnahmslos gut gelaunt.»

Marco Hardmeier
Präsident SP Aargau 2006–2014

«Regula ist für mich das Gesicht der SP Aargau. Ich kann mir eine SP ohne Regula nur schwer vorstellen. Kein Wahlkampf, kein Anlass ohne sie.»

Cédric Wermuth
Co-Präsident SP Aargau 2014–2018

«Du hast uns auch immer wieder gezeigt, wie wohltuend es sein kann, für einen Moment der Tageshektik zu entfliehen. Deine kreativen Geschichten waren für mich kleine Pausen für den Kopf und ein Zurückfinden in die Inspiration.»

Elisabeth Burgener
Co-Präsidentin SP Aargau 2014–2018

«Regula kennt die SP Aargau, ihre Geschichte und ihre Menschen wie kaum jemand sonst. In der Hektik des politischen Alltags war sie der Fels in der Brandung unseres Sekretariats. Sie hat ihr Herz am richtigen, linken Fleck. Für Menschen in sozialer Not hatte sie immer ein offenes Ohr, ein gutes Wort und echtes Mitgefühl.»

Stefan Dietrich
Co-Präsident SP Aargau 2022–2025

«Mit deiner menschlichen und pflichtbewussten Art hast du, Regula, während zwei Jahrzehnten das politische Sekretariat bereichert. Die Buchhaltung und Mitgliederbetreuung waren das Herzstück deiner Arbeit. Es war eine Freude mit dir zusammenzuarbeiten. Für den neuen Lebensabschnitt wünsche ich dir alles Gute.»

Nora Langmoen
Co-Präsidentin SP Aargau 2022–2025

«Mir war rasch klar, dass praktisch alle Fäden bei Regula zusammenlaufen. Regula hat ihre eigentlich sehr mächtige Position in der Partei mit einer unglaublichen Feinfühligkeit und Zurückhaltung eingenommen. Es geht bei Regula immer um die Menschen und um Gerechtigkeit. Innerlich mit Herz und Seele dabei, steht Regula zuvorderst für die SP-Werte ein.»

Lucia Engeli
Co-Präsidentin SP Aargau seit April 2025

«Mit ihrer empathischen Art, ihrem offenen Ohr und ihrem grossen Verständnis für die Menschen hinter den Zahlen hat Regula unsere Partei über viele Jahre geprägt. Sie verbindet Kompetenz, Struktur und Klarheit mit Herzlichkeit und Menschlichkeit.»

Anja Gestmann
Co-Präsidentin SP Aargau seit April 2025

Wir werden Regula sehr vermissen und sind gleichzeitig sicher, dass ihr mit ihren vielen Interessen ein abwechslungsreicher neuer Lebensabschnitt bevorsteht. Die SP Aargau sagt Danke und wünscht dir von Herzen alles Gute, liebe Regula.

Esther Schmidt, Co-Geschäftsführerin SP Aargau



Solidarität am Weltgeflüchtetenstag!

Kantonal, national und international wird das Asylsystem verschärft, werden Rechte von Geflüchteten eingeschränkt und Asylsuchende zunehmend als Problem dargestellt. Dabei geht vergessen, dass es Menschen sind, die auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung oder Not ihr Leben riskieren. Ugur Diktas, Co-Präsident JUSO Aargau

Jedes Jahr am 20. Juni ist Weltgeflüchtetenstag. Er macht sichtbar, was sonst untergeht: den Hass und die Hetze gegen die über 120 Millionen Geflüchteten weltweit.

Seit Jahren steuert die Politik auf eine humanitäre Katastrophe zu. Menschen mit kaum Rechten und kaum Schutz werden zu Sündenböcken gemacht. Rechter Populismus ist brandgefährlich. Er schürt Rassismus gegen die Schwächsten.

Niemand flüchtet freiwillig

Wer flüchtet, verliert Zuhause, Umfeld und Familie. Für uns privilegierte Menschen ist kaum vorstellbar, welche Opfer das bedeutet – nur für die Chance auf ein menschenwürdiges Leben. Warmes Wasser, ein eigenes Bett: Auf der Flucht fehlt das Selbstverständlichste. Dazu kommen Pushbacks an den

EU-Aussengrenzen, an denen auch die von der Schweiz mitfinanzierte Frontex beteiligt ist. Und im Schengenraum wird nach rassistischem Muster kontrolliert. Wer etwas dunklere Haut hat und im Zug nach Deutschland sitzt, wird viel eher einer Kontrolle unterzogen.

Der Aargau im «Notstand»

Der Aargau ist bekannt für seine extrem strikte, teils fast menschenrechtswidrige Asylpolitik. Als einziger Kanton ruft er seit 2023 die «Asylnotlage» aus. Über 10 000 Menschen sind hier untergebracht, Familien teils in unterirdischen Zivilschutzanlagen ohne Tageslicht. Und das, obwohl schweizweit so wenige Gesuche eingehen wie seit 2021 nicht mehr. Die bürgerliche Mehrheit legt nach: Sie beschloss, Asylsuchende, die von 9.50 Franken am Tag

leben, mit einer Bezahlkarte zu schikanieren, und wollte sogar Fussfesseln prüfen lassen. Sogar die eigene Regierung hielt fest, dass dies die Grundrechte verletzen würde. Der Aargau spart das Asylwesen kaputt und schiebt die Schuld dennoch auf die Geflüchteten.

Am 20. Juni zählt nur eines: Solidarität mit Geflüchteten. Sie sind keine Bedrohung und kein Problem, sondern Menschen mit Hoffnungen und Träumen.

Agenda

SP Kanton Aargau

29. August 2026

Ausserordentlicher Parteitag und Fest der Solidarität

Arbeiterstrandbad Tennwil
Strandbadweg 1, Tennwil